

Presseinformation

3. Juli 2020

Administratives Unterstützungspersonal in Pflichtschulen ab dem Schuljahr 2020/21

LH Mikl-Leitner: Eine Win-win-Situation für Direktionen, Schüler und Jobsuchende

Im Pflichtschulbereich fehlt es oft an Unterstützungspersonal im administrativen Bereich. Die Bundesministerien für Bildung, Wissenschaft und Forschung und für Arbeit, Familie und Jugend sowie das Arbeitsmarktservice haben sich deshalb auf ein österreichweites einheitliches Fördermodell verständigt, um die Pflichtschulstandorte im administrativen Bereich zu entlasten. In Summe werden 54,6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, 1.000 Stellen sollen so bis 2022 in diesem Bereich geschaffen werden.

In einem Pressegespräch in Wien informierten dazu heute Bildungsminister Heinz Faßmann, Bundesministerin Christine Aschbacher, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und die Salzburger Landesrätin Maria Hutter. Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser war per Videokonferenz dazugeschaltet.

Für Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner ist das eine wichtige Maßnahme, um die Effizienz im Pflichtschulbereich zu steigern. „Das bedeutet vor allem auch eine Win-win-Situation für die Direktionen der Schulen, die damit von administrativen Aufgaben entlastet werden, für die Schülerinnen und Schüler und auch für Jobsuchende“, ist Mikl-Leitner überzeugt. In Niederösterreich sollen so rund 100 Vollarbeitsplätze geschaffen werden – mit der Option einer weiteren Aufstockung. Das Zeitfenster bis zum Schulbeginn wolle man nun für die Vorbereitung nutzen.

Unterrichten zählt für die Landeshauptfrau zu den „schönsten und herausforderndsten Aufgaben“. Homeschooling wäre aufgrund der herausfordernden Situation in den vergangenen Monaten „zum Alltag geworden“ und habe viel besser funktioniert, „als so mancher gedacht hat“. Damit verbunden sei auch eine Stärkung der digitalen Kompetenz.

Für Bildungsminister Heinz Faßmann wird mit diesem Angebot einer langjährigen Forderung der Schulerhalter Rechnung getragen. Damit würden Schuldirektionen entlastet, Pädagoginnen und Pädagogen könnten sich wieder verstärkt ihrer pädagogischen Arbeit widmen. „Wir haben hier ein tolles Paket geschnürt“, so

Presseinformation

Faßmann.

Laut Bundesministerin Christine Aschbacher sollen bereits im Herbst dieses Jahres 500 derartige Stellen zur Verfügung stehen. Die Umsetzung erfolge in Kooperation mit den Ländern und Gemeinden. Ansprechen möchte man mit diesem Angebot Arbeitslose und Wiedereinsteiger. Derartige Maßnahmen wären auch notwendig und wichtig im Kampf gegen die derzeit hohe Arbeitslosigkeit. „Es gibt in Österreich derzeit 64.000 Menschen mehr ohne Job als vor der Corona-Zeit“, so Aschbacher.

Jede Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit werde von Kärnten unterstützt, so Landeshauptmann Peter Kaiser. In Schulen eingesetzt zu werden sei auch sinnstiftend. Für Kaiser ist diese Maßnahme ein „wichtiges Zeichen zum richtigen Zeitpunkt“.

Die Salzburger Landesrätin Maria Hutter informierte über die Erfahrungen in Salzburg, wo bereits in zahlreichen Pflichtschulen administratives Unterstützungspersonal zum Einsatz kommt. Auch das Interesse an diesem Job wäre groß. Es gäbe bis zu 70 Bewerber für eine derartige Stelle.



Administratives Unterstützungspersonal für Pflichtschulen: Im Bild Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bildungsminister Heinz Faßmann und Bundesministerin Christine Aschbacher (v.l.n.r.)

© NLK Filzwieser

Weitere Bilder

Presseinformation



Von links nach rechts: Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Bildungsminister Heinz Faßmann, Bundesministerin Christine Aschbacher und die Salzburger Landesrätin Maria Hutter

© NLK Filzwieser